

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Freischuß 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Amt Norden 2855 und 2856.

Jedwede Seite die achtzigste, neunzigste oder deren Name 80 Pf. „Mittels Ausgabe“ das letzte Drittel 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Zusatzenpreis 50 %. Bei Familien- und Versammlungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Int. Institut
Soz. Geschlechts
Amsterdam

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Militärherrschaft in Nürnberg.

Die Lage in Bayern.

Unser Nürnberger Parteiblatt schreibt am 26. April über die Lage in München:

Von verschiedenen Seiten wird uns berichtet, daß in München vollkommene Ruhe und Ordnung herrsche. Die Post funktioniere und alle Betriebe seien in vollem Gang. Sicherheit und Verkehr seien noch wie vor in bestem Zustand und weder Schießereien noch Terror, noch Raub, Mord und Plünderung kämen vor. Eine authentische Nachricht hierüber liegt uns allerdings bis jetzt nicht vor, doch bekundeten dies Reisende, die über Regensburg aus München kamen. Der Taktik der jetzigen bayerischen Regierung entsprechend, werden die Briefe von und nach München wahrscheinlich unter Zensur gestellt, bestimmt aber in Nordbayern zurückgehalten. Die Reisen werden, wie es scheint, nur deshalb unmöglich gemacht, um keine Kontrolle und Widerlegung der vom „Pressebüro“ herausgegebenen Berichte zu ermöglichen.

Man erfährt daraus, wie tendenziös und unwahr die meisten Nachrichten der bürgerlichen Presse über Mord und Terror in München sind.

Jetzt steht auch bereits die Rede der bürgerlichen Presse gegen Nürnberg ein. Dort hat die Ablehnung des Vermittlungsversuchs durch die Regierung Hoffmann bei den Arbeitern große Erbitterung hervorgerufen, die auch in einer Versammlung der Rechtssozialisten zum Ausdruck kam.

Man soll auch in Nürnberg die Gewalt der Militaristen aufrechterhalten werden. Wie die folgenden Telegramme zeigen, reden die Militärbesatzer ganz im Tone Kowalski, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn die Erregung der Nürnberger Arbeiter wächst.

Nürnberg, 26. April.

Das Kommando des III. bayerischen Armeekorps veröffentlicht folgende Erklärung: In einer am 25. April im Vertus-Belobrom stattgefundenen Versammlung wurde zum Schluß von einer Minderheit beschlossen: 1. vom Kommando des III. A.-K. zu fordern, a) daß der Belagerungszustand aufgehoben wird, b) daß die jetzigen Machthaber des Kommandos abgesetzt und zur Verantwortung gezogen werden, c) daß die Pressezensur aufgehoben wird, d) daß die gegen München marschierenden Truppen sofort zurückgezogen werden, e) daß die Werbungen sofort eingestellt werden. 2. Beim Kommando anzufordern, wie viel Personalkarten in den letzten Tagen verhaftet worden seien. Darauf gibt das Kommando in aller Deutlichkeit folgende Antwort: Die gestellten Forderungen werden nicht erfüllt. Alle Maßnahmen des Kommandos stützen sich auf den festen Willen der hinter ihm stehenden Soldaten, Arbeiter, Bürger und Bauern; sie dienen zum Schutze der Regierung Hoffmann und gewöhnlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande. Eine Pressezensur hat im Korpsbereich niemals bestanden. Die erfolgten Verhaftungen sind begründet und bleiben aufrechterhalten.

Außerdem erläßt das Kommando folgende Bekanntmachung: Es ist festgestellt, daß Führer der U.S.D. und der Kommunisten den gewaltsamen Umsturz der gesetzlichen Regierung Hoffmann organisieren und mit Waffen die militärische und bürgerliche Gewalt stützen und diese durch ihre Diktatur erlegen wollen. Wegen dieses hochverräterischen Beginns wird völkertreu ohne Zaudern nötig. Deshalb wird mit aller Strenge angeordnet:

Die Straße bleibt frei. Ansammlungen werden nicht gebildet! Umzüge sind verboten! Das Militär wird gegen jeden, der diese Anordnungen übertreift, mit Waffengewalt vorgehen. Die Bevölkerung ist gewarnt! Jeder Friedliebende wird die Maßnahmen billigen und die bewaffnete Macht unterstützen.

T. U. Nürnberg, 26. April.

Der Spartakistenführer Schmidt ist, wie die „Telegraphen-Union“ berichtet, heute früh 6 Uhr, als er in seiner Wohnung verhaftet werden sollte, erschossen worden. Er setzte sich mit einer Handgranate zur Wehr (?) und wurde von halbwegsigen Soldaten der Nachbarschaft unterzückt. Ein Kasko mit 25 Soldaten und einem Maschinengewehr wurde zur Unterstützung der bedrängten Sicherheitsmannschaft herbeigerufen. Als diese dann eingriffen, erhielt Schmidt den tödlichen Schuß. Die Erregung in der Stadt ist sehr groß.

T. U. Nürnberg, 26. April.
In der Vollstreckung des Arbeiterrottes wurde von der S.-Aktion der U. S. D. eine Erklärung abgegeben, wonach sie ihren Aus-

tritt aus dem K. u. S. Rat mitteilt, weil sie den Nürnberger Arbeiterrot als eine reaktionäre Körperschaft betrachtet.

Neue Unruhen in Wien.

Wien, 26. April. (Korr. Buz.)

Die heutigen Kundgebungen der „Heimkehrer“ setzten sich in einem Umzuge vom Parlament über die Ringstraße zum Staatsamt für Gewerbe fort. Ein Eindringen in die innere Stadt wurde wiederholt durch die Volkswache, zum Teil im Handgemenge, verhindert. Eine Abordnung traf den Staatssekretär Dr. Deutsch nicht im Staatsamt an. Die weiterziehende Menge drang, einige hundert Mann stark, in ein früher als Versammlungsort von Schleißhändlern bekanntes Kaffeehaus ein, zerstückte Fensterscheiben und Platten von Tischen und plünderte die Käse aus. Der Versuch gegen ein zweites Kaffeehaus führte zum Zusammenstoß zwischen Polizei und Menge. Schließlich stellte herrliche Polizei und Volkswache die Ruhe wieder her. Im ganzen sind elf Personen verletzt worden, darunter drei schwer; zwei Polizeikommissare haben Stichwunden erhalten.

Wien, 26. April.

Im Anschluß an die heutige Versammlung am Rathaus sprach eine Abordnung von drei Invaliden bei dem Staatskanzler Renner vor, dem sie die Wünsche der Invaliden vorlegten. Sie verwahrte sich gegen den Charakter, den die Straßenansammlungen angenommen hätten und erklärte, mit diesen und den verbrecherischen Elementen, die sich vorbrängen, und mit den Untrüblichen nichts gemein zu haben. Sie nahm die Erklärungen des Staatskanzlers, daß die Ausschaffungen der Invalidenrente mit dem 15. Juli auf Grund des heute von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes beginnen werde und daß dem Kontrollverhalte der Kriegsschädigten eine Million Kronen zugewiesen worden sei, um in dringenden Fällen Hilfsbedürftigen beizustehen, dankend entgegen.

Weiteres Vorrücken der Rumänen.

Budapest, 25. April.

Laut Meldung des ungarischen Telegr.-Korrespondenz-Bureaus haben die Rumänen am 24. auf dem nördlichen Flügel angegriffen und auf dem südlichen Flügel ihr Vordringen unter heftigeren Gejessen bis zum Abend fortgesetzt. Im Norden haben sie die Linie Balazs-Kameny-Nyrdaka, im Süden die Umgebung von Spula erreicht. Ein Befehl Wladimir als Volksbeauftragter für Kriegswesen verbietet, Fremde oder Staatsbürger zwangsweise in die Rote Armee einzustellen.

Der italienische Konflikt.

Bern, 26. April.

Nach „Progres de Lyon“ gab der Sekretär Wilsons namens des Präsidenten dem Pariser „Journal“ eine Erklärung über das Vorgehen der italienischen Delegation, worin darauf hingewiesen wird, daß Wilson auf die italienischen Ansprüche nicht eingehen können, ohne die von allen Alliierten angenommenen 14 Punkte zu verletzen. Wilson sei sich der Folgen des Manifestes bewußt, habe jedoch kein anderes Mittel gesehen. Der Präsident glaube nicht an einen italienisch-südtürkischen Konflikt. Wenn er unglücklicherweise doch eintrete, so würden die Vereinten Staaten in keiner Weise intervenieren. Der Sekretär bemerkte zum Schluß, daß Italien ausschließlich von den Alliierten, besonders von Amerika abhängig, sowohl was die Verproviantierung, als was das finanzielle Gleichgewicht betreffe.

Sieg des Bürgertums in Bremen?

Bremen, 26. April.

Womanns Telegraphisches Bureau meldet: Im Laufe des Tages ging beim Rückblick von der Regierung die Mitteilung ein, daß morgen, Sonnabend, genaugenommen zur Verfügung ständen, um die lebenswichtigen Staatsbetriebe wieder in Gang zu setzen. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke werden morgen den Betrieb wieder aufnehmen. Festgelegt werden die Geschäfte wieder geöffnet. Damit ist das Ziel der Streikbewegung erreicht. Der Streikbewegung fordert dementsprechend die Kugel oder die Ordnungsparteien auf, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Die Eroberung Braunschweigs

I.

Aus Braunschweig wird uns mitgeteilt:

König Ebert hat noch kurz vor der arroken Niederlage, die ihm die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Berliner Diskussionsabkommens bereiten wird, einen intonanten Sieg von alterwürdiger historischer Bedeutung zu verzeichnen gekonnt. Sein Generalissimus Noke oder vielmehr dessen Unterfeldherr General Maercker hat Braunschweig nach kurzer Belagerung im Sturm erobert und ist an der Spitze seiner heldenreichen Truppen in die uralte Stadt, das Nürnberg Norddeutschlands, eingezogen. Es war die dritte Eroberung Braunschweigs.

Bis 1671 erfreute sich Braunschweig des leiblichen Ruhmes, eine unzerstörliche Festung zu sein. Selbst Lilla und Pappenheim hatten sich nach der Belagerung Maerckers an Braunschweig nicht herangewagt. Erst 1671 kam die stolze Panitzsch zu Fall. Deras Rudolf August von Braunschweig-Wolfenbüttel eroberte nach langer Belagerung und harten Kämpfen die widerverkeimte Jungfrau. Blü Blut ist bei dieser ersten Eroberung Braunschweigs geflossen.

Rudolf Augusts Bediene waren längst vermodert. In den ganzen Wolfenbütteler Weite des Wolfenbütteler hatte der Tod dahingerafft, als die Weltgeschichte die zweite Eroberung Braunschweigs buchen mußte. Es war im Sommer 1911, als die Berliner Konfessionen mitten im Frieden das abnundlose Braunschweig überfielen und trotz aller Gegenwehr der Braunschweiger Bürgerwehr, die der Schneidermeister Ferdinand Junge hoch zu Ross dem Feinde entgegenführte, die Burg Dankwarderode erstickten. Blut ist dabei nicht geflossen, aber viel Bier. Nach der Eroberung versöhnten sich Freund und Feind. Die Konfessionen wurden gastlich in Braunschweig Manern aufgenommen und angenommen bald den Eindruck, daß die Braunschweiger gar nicht die blutrünstigen asiatischen Barbaren seien, die sie erwartet hatten, sondern ganz friedliche, unaunliche und geistliche Europäer.

Neu ist am 17. April 1919 nach Christi Geburt, am arimen Donnerstag, mittags Glocke zwölf, Braunschweig zum dritten Male erobert worden. Ein achttägiger Streit von über 10 000 Schwerebewaffneten hatte im Auftrage König Eberts, abgehandelt von Generalissimus Noke, geführt von Generalmajor Maercker, die Stadt von allen Seiten eingeschlossen. Ein ebener Wall umäuferte Braunschweig, kein Mänslein konnte entkommen, geschweige denn ein leibhaftiger Schneidermeister.

Da, wie 1911 war es wieder ein Schneidermeister, der die blutdürstigen Braunschweiger Barbaren in den Kampf führte oder in den Kampf führen sollte. Er schloß dieses Mal nicht, wie Ferdinand Junge, zur kassinsfähigen Aristokratie des Schneidergewerbes, sondern zur nachschickenden Noke und nannte sich August Noke. General Maercker hatte bereits angezündet, daß er das tapfere Schneiderlein nebst drei anderen Nokeführern verhaften lassen werde. Es war also der tapfere Widerstand des umzingelten Braunschweigs zu erwarten. Maerckers Truppen waren auf den köhlmsten Empfang gefaßt. Die Kuchelkuchen hatten das Bajonett ausgehängt und die Handgranaten lose im Gürtel stecken. Die Maschinengewehre waren geschäftsbereit, die Panzerautos unter Vollampf, die Kanonen rundum zu vernichtendem Bombardement aufzufahren. Die hannoverschen Königsulancen warteten, tief die Lanzen und hoch die Fahnen, nur auf das Kommando: „Auf den Kampf!“, um die versprengten Spartakisten, wie bei der Treibjagd andbrechende Hasen, im freien Gelände zu Lode zu hehen. Einer der genialsten Eroberungspläne des noch in Deutschland Gedärmen wütenden inneren Weltkrieges sollte verwirklicht werden.

Es war bewundernswert, mit welcher Todesverachtung endlich Glock zwölf die ersten Panzerautos vom Bahnhof her in die Stadt einfuhren. Vorzüglich sah sich die Besatzung unter dem Stahlhelm heraus nach den kochenden Spartakisten und ihren Partikaden um. Nichts war zu sehen als friedliche, aber unlosbar neugierige Bürger. Einige Schüsse über ihre Köpfe hinweg befriedigten die Reugier nur notdürftig. Dann rückten die Maschinengewehre ein. Ein endloser Zug. Wer den Kries nicht mit-

gemacht, bekam einen Begriff davon, wie es den Belgiern zu Rute gewesen sein mag, als die ersten „Voches“ einjogen. Mitten in das Gauen scholl plötzlich von allen Windrichtungen her klingendes Spiel, Kanonengepöller, Marschtakt und Herdegetrappel. In Nord und Süd, in West und Ost, unübersehbar wie der Sand am Meer wälzte sich der Feind nach Braunschweig hinein. Bald war die ganze Stadt besetzt. Statt auf die gefährdeten Sportplätze und roten Garden, stießen die bis an die Fährne bewaffneten Regierungstruppen überall nur auf sich selbst. Die dritte Eroberung Braunschweigs war ihnen noch leichter gefallen als den Kanakaffen die zweite. Schon um 1 Uhr lag Braunschweig vollständig in Maerders Hand.

Run begann die Sicherung der Eroberung. Alle Straßenenden wurden mit Sturmbehaubten, handarmentenbesetzten Posten besetzt. Auf den Brücken mußte man durch die dicke Belohnung förmlich Spiekruten laufen. Die freien Plätze verwandelten sich in Verstecke, die Parks in Kanonenbesätze. Man holperte über Krüger, Waffen und Kriegsgerät. Braunschweig schien zu klein und zu eng, den ungeheuren Wehrungsanlagen zu fassen. Die Masse des Aufgebots machte sich vor sich selbst lächerlich.

Inzwischen arbeitete die Propaganda. Maerder hatte sich einen eigenen Nachrichtenoffizier mitgebracht, der, ganz wie im Weltkrieg, die Redakteure aller Blätter zu sich besahl und ihnen diktierte, was sie bringen und was sie nicht bringen, in welchem Geiste sie ihre Artikel abfassen und in welchem Geiste sie ihre Artikel nicht abfassen sollten. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ wurde von dem Nachrichtenoffizier, der auch die sofort einzuführende Vortensur ausübte, sogar mit selbstgeschriebenen Gedichten versorgt. An den Anschlagstellen und allen Straßenenden wurden bunte Plakate angeklebt, die die Befehle des Generals und den von König Ebert über Braunschweig verhängten Belagerungszustand verkündigten, sich den Tonk der Braunschweiger für die Verurteilung vom „Völkischem Terror“ erbaten und zur Bildung des „Freiwilligenkorps Braunschweig“ und einer freiwilligen Landeswehr aufforderten.

Am ersten Osterfeiertag war die erste militärische Arbeit beendet, es folgte die militärische Erholung. Überall wurden Appells abgehalten. Ganz wie früher an Wandersonntagen. Dann fand große Parade der ganzen Besatzung vor General Maerder statt, der ein endloser militärischer Demonstrationsumzug durch die Hauptstraßen der Stadt folgte. Es war mehr zu sehen, als in Köln am Rosenmontag. Am Ostermontag ging es ebenso lustig und laut in Braunschweigs Mauern her. Vor allen Kaserne und Wachen spielte die Militärmusik. Da gleich nach dem Einzug der Regierungstruppen die „Braunschweigische Landeszeitung“ eine Sammlung für die „Freiwilligen Braunschweiger“ ausgeschrieben hatte, die schon in den ersten Tagen ein kleines Vermögen zusammengebracht, fehlte es den Eroberern auch nicht an dem nötigen Taschengeld, so daß sie keine Schlachtlage, sondern Kostnachtslage zu erleben glaubten und sich nicht wie in Feindesland, sondern wie im Schlafensland fühlten.

Bezeichnender Weise wurden schließlich auch ihre Gulaschkanonen mehr ansehnlicher als ihre Kruppkanonnen. Die Braunschweiger mußten dabei nicht ohne Reiz feststellen, daß die Gulaschkanonen täglich mit reichlichen Fleischportionen ausgestattet waren, während in Braunschweig sogar auf Ostern den Einwohnern kein frisches Fleisch, sondern nur auf je drei Personen eine Pfundbühne mit knorpeligem, eingekochtem Kopfleisch für die ganze Osterwoche zugemessen war. Auch Milch wurde den Braunschweigern nicht mehr geliefert, wie auch die in Aussicht gestellte Butter ausgeblieben war. Die Regierungstruppen hatten eben alles für sich requiriert und lockten sich von der für die kleinen Kinder bestimmten Milch Milchreis. Dabei muß allerdings zugegeben werden, daß sie von dem Ueberfluß ihrer Gulaschkanonen an die Einwohnerlichkeit, die sich zum Anbetteln herabließ, bereitwillig mitteilten.

II.

Warum aber der größte Kostnachtszauber der Edelkollatur nach Braunschweig? Die bürgerliche Presse laut der Braunschweigische Generalstreik hätte das Einreisen verhindert. Während dieses Generalstreiks hat aber die größte Ruhe und die größte Ordnung in Braunschweig geherrscht. Ueberhaupt sind seit dem ersten Tage der Revolution bis heute in Braunschweig weder Unruhen, noch Ausschreitungen, noch Gewaltthaten vorgekommen. Das während des Generalstreiks die Bahn- und Postbeamten ebenfalls streikten, war von der Streikleitung nicht beabsichtigt. Der Beamtenstreik wirkte sich als Demonstrationstreik gegen den Generalstreik auf. Da die sonst so zoen Beamten mit einer befremdenden Sicherheit geflossen in den Streik traten, ist vielmehr anzunehmen, daß die Reichsregierung selbst hinter ihnen stand, daß sie sich den Postbeamtenstreik bestellte, um einen Grund zu haben, von Reichs wegen in Braunschweig einzugreifen. Uebrigens hat General Maerder in einer Unterredung mit bürgerlichen Presseberatern selbst zugegeben, daß ein Einschreiten in Braunschweig, dessen Regierungssystem mit dem des Reiches in Uebereinstimmung hätte gebracht werden müssen, schon längst geplant gewesen sei.

Es handelt sich also um eine politische Aktion, nicht um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, die in Braunschweig nie gefährdet waren. So sagt auch das reaktionäre Bürgertum die Eroberung Braunschweigs auf. Es sieht im Einzug der Regierungstruppen das Ende der Revolution, den Sieg der Gegenrevolution und die Wiederherstellung der alten Zustände oder doch wenigstens die Zurückführung des Proletariats in die alte politische Ohnmacht. Rasse ist dem braunschweigischen Bürgertum, das sich auf politische Hinesien nicht einläßt, einfach die verlorren Gegenrevolution. Die Gründung der Landeswehr in Braunschweig, zu der nur reaktionäre Einwohner zugelassen werden sollen, bedeutet deshalb ohne weiteres die Bewahrung des reaktionären Bürgertums gegen das revolutionäre Proletariat.

Mit Recht steht das braunschweigische Proletariat in den Regierungstruppen, die mit so gewalttätiger Streitkraft in Braunschweig einrückt sind, ein gegen die Arbeiterklasse aufgebotenes, gegenrevolutionäres, proletariatsfeindliches Söldnerheer. Das ist mehrheitssozialistische Kührer sind, die dem braunschweigischen Proletariat diesen Anschuldigungen unterrichtet erteilen, erkennen eine solche Erbitterung gegen die mehrheitssozialistische Kührer in Braunschweig, daß sich der Mehrheitssozialismus hier bald nicht mehr öffentlich zeigen kann.

Am schrecklichsten hat sich bei der Eroberung Braunschweigs das mehrheitssozialistische Blatt „Der Sozialdemokrat“ benommen, das der Mehrheitssozialist Otto Friedrich re-

diert. Friedrich brachte schon am Einzugstage die von ihm aus den Kinnern gesogene Nachricht, daß die beiden Redakteure des „Volkstrotend“, die er mit Namen nannte, geflüchtet seien. Friedrich wollte aus persönlicher Gchäfflichkeit damit dem General Maerder die Redakteure, von denen Libriaens der eine nur ein Mitarbeiter ist, zur Verhaftung denunzieren. Als die Verhaftung doch nicht erfolgte, ähltte Friedrich in der nächsten Nummer des „Sozialdemokrat“ alle Ausdrücke auf, die der „Volkstrotend“ jemals gegen Rasse und die Rassektruppen gebraucht hatte, und leate es diesen nahe, sich jetzt für diese Ausdrücke zu rächen. Als auch dann die Verhaftung noch nicht erfolgte, brachte Friedrich in einer anderen Nummer des „Sozialdemokrat“ eine Notiz, nach der sich wider Erwarten das Gerücht von der Flucht der beiden Redakteure nicht bestätigt habe. Der „Sozialdemokrat“ ließ also nichts unversucht, die Verhaftung mit allen Mitteln der gemeinsamen Teunanzierung durchzusetzen. Und einem solchen Blatte ist die acstiaie Leituna des braunschweigischen Mehrheitssozialismus anvertraut.

Uebrigens wird unter dem von König Ebert über Braunschweig verhängten Belagerungszustande die Rensur noch viel brutaler und einseitiger abhandelt, als während des Weltkrieges. Die bürgerliche und mehrheitssozialistische Presse kann schreiben, was sie will. Sie greift das reaktionäre Proletariat, seine Führer und den „Volkstrotend“ auf die schmutzige, feiste und erbärmlichste Weise an. Dem „Volkstrotend“ dagegen gestattet die Rensur nicht einmal die Erwiderung, daß er lebt wie Wildtötler am Partierplatz stehe und sich alle Schmähungen gefallen lassen müsse. Bisher sind sämtliche Leitartikel des „Volkstrotend“ von der Rensur gestrichen worden. Unter dem, was die „Freier“ jetzt „völkischem Terror“ nennen, hatte dagegen die bürgerliche und mehrheitssozialistische Presse nicht nur völlige Meinungsfreiheit, sondern sogar unbeschränkte Schimpf- und Fieselsfreiheit, die sie tatsächlich ungestraft zu den unanlaßlichsten Verleumdungen der kommunistischen und unabhängigen Führer mißbrauchen durfte.

Verhöhnung der Demokratie.

Man weiß, daß der „Vorwärts“ die Bildung einer rein sozialistischen Regierung, die allein Deutschland retten könnte, mit dem Einwand abzutun beliebt, dies widerspreche der Demokratie, da einer solchen Regierung angeblich ein paar Stimmen zur Majorität fehlen würde. Der Einwand ist kindisch, da die Nationalversammlung gar nicht wagen könnte, eine solche Regierung, die den wieslichen sozialen Machtverhältnissen entspräche, zu kürzen. Die Gelehe der Demokratie gelten offenbar nur dort, wo sie der Bourgeoisie zum Vorteil dienen. Wo die sozialistische Partei eine Majorität haben, ja, Bauer, da ist es etwas anderes.

In Braunschweig hat bekanntlich General Maerder gegen jedes Recht und Geiz die sozialistische Regierung für abgelehnt erklärt. Nunmehr trat der Landtag zusammen, um eine neue Regierung zu bilden. Schon daß der Landtag nicht einfach jedes Verhandeln abgelehnt hat, ist recht wenig erbebend. Schmähtlich aber ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien, die den Belagerungszustand nützen wollen, um ihre Aufnahme in die Regierung zu erzwingen, obwohl sie im Landtag nur eine Minorität bilden. Die sozialdemokratischen Parteien haben selbstverständlich diese Zumutung abgelehnt. Darauf haben, wie bereits gemeldet, die bürgerlichen Parteien den Landtag beschlußunfähig gemacht und wollen so die Auflösung des Landtags erzwingen. So lassen die Herrschenden die Demokratie auf, wenn die Entscheidung gegen sie gefallen ist. Die Regierung schick den General, verhängt den Belagerungszustand und ermächtigt so die bürgerliche Minorität, die sozialistische Majorität arbeitsunfähig zu machen.

Gezeigt die Regierung, deren General die bürgerlichen Parteien direkt zu diesem Vorgehen ermächtigt hat, nicht, wie wahnsinnig aufsteigend ein solches Vorgehen auf die gesamte Arbeiterklasse wirken muß! Ist es nicht geradezu zerrinnig, in der jetzigen Zeit, wo das Misstrauen gegen die Demokratie in der Arbeiterklasse so außerordentlich groß ist, diesem Misstrauen neue Nahrung zuzuführen? Aber dieser Wahsinn hat Methode, denn er doch dem obersten und alleinigen Prinzip, das die Koalitionregierung noch vertritt, der Aufrichterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft um jeden Preis.

Wiederum ein Mord.

Der „Vorwärts“ schreibt: Am 10. März wurde der Former E. Bloke, Wilhelm-Stolze Straße 40, auf anonyme Anzeige von Regierungssoldaten verhaftet und dem „Garde-Ekadant“ (1) eingeliefert, wo ihn seine Frau noch am selben Tage sprach. Am nächsten Tage konnte sie ihn nicht sprechen, und seit dem 11. März schlie, trotz aller Bemühungen, jede Spur von ihm. Jetzt haben ihn die Angehörigen im Schauplatz gefunden. Außer Verletzungen, die durch Schiffschrauben erzeugt sein können, hat der Leiche, wie die Angehörigen uns angeben, ein Schußwunde in die linke Schläfe, Aufschuß an der rechten Schläfe. Der Tot war ganz kurz abgeschnitten, um die Leiche unkenntlich zu machen. An Kleidungsstücken wurden der Leiche geraubt: Ein gr. Gummistoffmantel, die Wäsche, die Hose, die Unterhose, Stiefel und ein Belorhut. Er hat sich weder an den Straßenkämpfen beteiligt, noch ist sonst erwiesen, weshalb man an ihm den Mord verübt hat.

Was sagt der „Vorwärts“ zu dieser gräßlichen Mordtat, die wiederum ein Beleg ist für die von uns mit unzähligen Beweisen belegten Grueseltaten der Regierungstruppen? Vier Worte! „Wir fordern strengste Untersuchung.“ O, diese mutigen und unerschrockenen Kämpfer!

Am 12. März wurde in der Ringer Straße 4 der 19jährige Jeanng Palm „handrechtlich“ erschossen. Man fand in der Wohnung seiner Eltern einen Revolver, und trotz Einwendungen des Vaters, daß diese Waffe einem Sergeanten der Regierungstruppen gehöre, der inzwischen verstorben sei, wurde der Sohn an die Wand gestellt und niedergemetzt. Die Eltern des Ermordeten haben jetzt von dem Sergeanten, der der rechtmäßige Eigentümer des Revolvers war, einen Brief erhalten, in dem es heißt:

„Es tut mir sehr leid, daß Euer lieber Sohn so grausam ermordet worden ist. Verzeihen Sie mir bitte, wenn ich durch meinen Revolver mit Schuld an diesem Mord habe. Ich will nach Keffen helfen, die schuldigen Mörder zu ermitteln. Ich habe den Revolver für 45 Mark von einem Offiziersbedienten bei dem Auszug über den Abzug gekauft und benutzte ihn

in Berlin bei der Ausübung meines Dienstes. Einen Schuß schein dazu besah ich vom Landjägerkorps.“

Sier ist also wieder einmal klar erwiesen, daß der Leutnant von Reich zum Erschießen des jungen Palm gegeben hat einen glatten Mord beging. An eine Strafverfolgung ist natürlich nicht zu denken. Dieser brutale Mord wird wie vor die Herde irgend eines Freikorps bilden. Die Eltern des Ermordeten sind über den Verlust ihres Sohnes untröstlich.

Ungerechtfertigte Vorwände.

Gegen den Genossen Däumig ist bekanntlich die Anklage als Mordführer der Januar-Unruhen in Berlin erhoben worden. Sie ist als Nachtragsanklage zu der Anklage gegen Lebour eingebracht, so daß sie voranschreitlich gleichzeitig mit der gegen Lebour zur Verhandlung kommt. Sie beruht auf denselben Beschuldigungen und Zeugenaussagen, wie die gegen Lebour. Lebour verlangt deshalb, daß er ebenso wie Lebour aus der Haft entlassen wird. Er hat durch seinen Verteidiger erneut einen entsprechenden Haftentlassungsantrag gestellt.

Es erscheint ganz unmöglich, daß zwei Personen, gegen welche in der Voruntersuchung derselbe Tatbestand durch dieselben Zeugen zusammengetragen und welche deshalb der Staatsanwaltschaft gleichmäßig hinsichtlich verdächtig erschienen, zu gegen sie die Anklage zu erheben, der eine seit Januar d. J. in Haft gehalten und der andere aus der Haft entlassen wird. Wenn zwei nach den Akten d. s. e. g. tan haben, so müssen es politische Gründe oder persönliche Empfindungen gegen den Genossen Lebour sein, wenn nicht dieselben Schlussfolgerungen gezogen werden.

Genosse Lebour hat außerdem, da er wegen Mordverdacht gefangen gehalten wird, Anktion für seine Haftentlassung angeboten. Sein Verteidiger hat aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß für das Einweihen der Gedanke von Lebour nicht nur schallendes Gelächter auslösen kann. Lebour denkt nicht durch die Flucht politischen Selbstmord zu begehen, hat durch die Verhandlung den Ankläger auf die Anklage zu bringen.

Teufische Terroristen im Auslande.

Seit Mitteilungen der Schweizer Presse ist vom Bundesrat gegen 25 Personen verschiedener Nationalität Anklage erhoben, weil sie in den Jahren 1915-17 Spreng- und Giftstoffe von Deutschland in die Schweiz und von dort nach Italien geschmuggelt haben.

Die Anklageschrift beschuldigt die Angeklagten, zum größten Teil Italiener und Spanier, die alle vorgeben, Anarchisten zu sein, daß sie mit den bei ihnen gefundenen Sprengstoffen Anschläge gegen Solandro und Sonnino sowie die Sprengung von Munitionslagern und Bombenbörten in Italien beabsichtigten und daß sie mit den ebenfalls gefundenen Batterien und Giftstoffen die Verfertigung der italienischen Remonten versuchen wollten.

Der zu erwartende Prozess ist deshalb von Interesse für Deutschland, weil, wie die Anklageschrift heißt, ein Teil der Angeklagten als deutsche Agenten im Auftrag deutscher militärischer Stellen handelten. Deutsche militärische Stellen beschafften die Sprengstoffe und das Gift. So erhielt einer der Angeklagten, namens Gafis, im Juli 1915 von einem Kurier der deutschen Landwehr in Bern ein Kiste mit Munition, Handgranaten und einem Injektionsapparat für elektrische Fernzündung, alles dem „deutschen Heeresmaterial“. Die Angeklagten Jores und Geng, die als „Agenten des territorialen Dienstes des deutschen Generalkonsulats in Zürich, Handgranaten, Revolver und Patronen in großen Mengen.

Die Anklage lautet auf Sprengstoffverbrechen, Anklage in solchem, Begünstigung und Reueulitätsverletzung. Die Verhandlung, die in Zürich stattfindet, ist auf den 2. Juni angesetzt.

Obwohl eine Reihe fast kompromittierter Personen durch die Flucht dem Verdict entzogen haben, kann die deutsche Öffentlichkeit sich auf recht interessante Einzelheiten über die verbrecherische Treiben deutscher Diplomaten und Agenten im Auslande geföhrt machen.

Die eigentlichen Schuldigen, die Urheber und Anstifter dieser Verbrechen, halten sich heimlich auch jetzt im Hintergrunde. Wollte man ihrer habhaft werden, so müßte man schon sehr in die politischen Korruptionzentralen, das Auswärtige Amt und die zuständigen militärischen Stellen hineingreifen. Das ist aber noch so naiv, ein solches Vorgehen von der jetzigen Regierung zu erwarten?

Neue blutige Zusammenstöße in Oberschlesien.

Welsch, 25. April. Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Volkswache, die sich vor einem Konfektionsgeschäft zusammengerotzt hatte, und Patronen und Volkswache wurden ein Mann getötet und zwei verwundet. Gegen Abend wiederholten sich die Zusammenstöße und Schießereien an verschiedenen Stellen der Stadt. Wie verlautet, sind hierbei wiederum sieben Personen getötet und mehrere teils schwer, teils weniger schwer verletzt worden. Der verischteste Belagerungszustand wurde über Welsch verhängt.

Das wertlose Beschwerderecht.

Generalleutnant von Böckmann ist einer der reaktionärsten Gestalten im Kriegsministerium. Er ist ein einflussreicher Gegner der Soldatenräte und will selbst von den wenigen Soldaten, die den Soldatenräten nach dem kriegsmilitärischen Krieg zugehören, nichts wissen. Die Soldatenräte sollen vor ihm sitzen und er will sie nur anhören, wenn er es notwendig erachtet. Es kam im Verleche mit ihm zu dauerhaften Reibereien.

In den Vollversammlungen der S. M. A. ist deshalb wiederholt Beschwerde gegen Böckmann geföhrt und seine Entlassung gefordert worden. Das Kriegsministerium hat sich jetzt mit einer dieser Beschwerden befaßt. Wie nicht anders zu erwarten war, ist dabei für die Soldatenräte nichts herausgekommen. Die Beschwerde wird nun in einem Punkt für begründet erachtet: Der General soll nicht das Recht haben, die Soldatenräte nur zu hören, wenn er es für notwendig hält. Der General, kles: Annäherung irgendwelcher selbst erwidert hat, daß ihm das Kriegsministerium nicht mehr weh, wenn es den Beschwerdeführern recht ist. Nach einmal die Beschwerde gegen den Chef des Stabes, Major v. Bog, der sich die Annäherung herausgeholt, den Soldatenräten die Vollständigen zu kontrollieren, wird anerkannt. Die Nachricht wird durch begründet, daß sie den allgemeinen Dienstverhältnis zu betreffen entspreche. Sie soll aber als unzulässig abgelehnt werden, der Major behält also im Prinzip recht.

Wir haben immer betont, daß die Soldatenräte noch kein

inzwischen Erlaß nur noch ein Scheinwesen führen. Die... gegen den General des Bismarck bezieht drastisch... Mit dem Verbot des Scheinrechts ist bei dem... des alten Herrschaftsverhältnisses abfolgt nicht... Dem Soldaten stand schon in Friedenszeiten das Recht... zu. Aber nur in den außerordentlichen Fällen wurde... Gebrauch gemacht, weil jeder Soldat wußte, daß doch nichts... dabei herauskam. Der Beschwerdeweg war ein Leidensweg. Statt... zu bringen, setzten sich die Soldaten in n. Der Offizier... immer im Recht. Es lag im Interesse der „Manneszucht“,... daß das Ansehen der Disziplin nicht dadurch geschädigt wurde, daß... der Gemeinde Recht bekam. Genau wie im Falle Bismarck und...
Gewerkschaftliches.
Reichsfertige Preisgabe von Arbeiterrechten.
Der Streik, gegenwärtig immer noch die unentbehrliche Waffe der Arbeiter und Angestellten im Wirtschaftskampf, ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Ihre Wut entzündet deshalb seit Monaten eine wilde Agitation gegen jeden Streik, welche sie für den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens verantwortlich macht. Unterstützung findet sie damit bei den Rechtssozialisten, die wiederum die Befreiung des Streikrechts gefordert haben. So schrieb nach vor einigen Tagen der „Vorwärts“ im Anschluß an ein Telegramm vom französischen Sozialistenkongreß, folgendes:
„Die Forderung nach Bedingungen, unter denen die Streiks vermieden werden können, ist auch für Deutschland zu erheben. Wir leiden unter der Streiknot mehr als irgend ein anderes Land. Es müssen obligatorische Schlichtungsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten geschaffen werden, um die Streiks in Zukunft unmöglich zu machen.“
Nun besteht zwischen der Einführung von obligatorischen Schlichtungsgerichten und dem Verbot jedes Streiks ein großer Unterschied, den aber der „Vorwärts“ nicht zu kennen scheint. Obligatorische Schlichtungsgerichte schließen Streiks durchaus nicht aus, sondern verpflichten nur zur vorheriger Inanspruchnahme des Schlichtungsgerichts.
Deshalb wendet sich die offizielle Nachrichtenstelle der Generalkommission der Gewerkschaften gegen diese Einführung des „Vorwärts“. Sie schreibt:
„Wegen dieser reichsfertigen Preisgabe eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterklasse erheben wir schärfsten Protest. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die deutschen Gewerkschaften über eine Preisgabe des Streikrechts auch nur verhandeln, geschweige denn ihr zustimmen werden. Wenn die Regierung, als deren Sprachrohr der „Vorwärts“ ja heute fungiert, sich wirklich mit derartigen Absichten trägt, wird sie eine geschlossene Front der Arbeiter gegen sich finden.“
So müssen sich also auch in diesem Fall die Rechtssozialisten „reichsfertige Preisgabe“ von Arbeiterrechten vorwerfen lassen, und zwar, was bemerkenswert ist, von denjenigen Reuten, die bisher mit ihnen durch dick und dünn gingen.
Zur Schließung der Spandauer Staatsbetriebe.
Am Freitag beschäftigte sich eine Betriebsversammlung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der staatlichen Kaserne, Werkstätten Spandau-Nord auf dem Spandauer Feld mit der Schließung der Staatsbetriebe Spandau. Nachdem mehrere Redner unter anderem in Bezug auf ganz energische Worten das Vorgehen, was über die Staatsbetriebe und deren Arbeiterschaft verbrochen worden ist, geäußert hatten, gelangte eine Resolution folgenden Inhalts einstimmig zur Annahme:
„Die im Spandauer Feld versammelten Kollegen und Kolleginnen der A.-B.-K. protestieren aufs allerentschiedenste gegen die Schließung der Spandauer Staatsbetriebe. Sie sind es unverantwortlich, daß in dieser Zeit der wirtschaftlichen Bedrängnis Tausende von Arbeitstäten auf Wochen hinaus unläufig verbarren sollen. Sie fragen die maßgebenden Stellen an, für die Umhebung der Staatsbetriebe in die Friedenswirtschaft und Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiterklasse in dieser Richtung hin bemüht zu werden. Die Kollegen und Kolleginnen, die das größte Interesse an rentabel arbeitenden Staatsbetrieben haben, sind, gestützt auf Beweise der Ansicht, daß sozialistische Arbeit über das bloße Subotage hinausgehen wird, Schärfe erheben die Kollegen und Kolleginnen gegen den Vorwurf der Arbeitslosigkeit in ihren Reihen und erheben die maßgebenden Instanzen, sich das Material resp. die Zusätze in Zukunft ernstlich anzusehen. Sie verlangen, daß jetzt sofort mit der Entlassung der Staatsbetriebe begonnen wird, daß die unfähigen Direktoren und tüchtigen Ingenieuren, Techniker und Assistenten Platz machen, daß ferner Geldmittel für die Umstellungsbereitungen bewilligt und die Staatsbetriebe in reichlichem Maße mit Staatsarbeiten bedacht werden, so daß in kurzer Zeit aus ehemaligen Werdereignisverhältnissen fruchtbarer Arbeit erzeugende Wälderbetriebe entstehen. Alle Kräfte werden die Kollegen und Kolleginnen daran setzen, um dies zu erreichen.“
Kriegsbeschädigten-Vertrauensleute
Der Besuch der letzten Konferenz zeigt, daß in sehr vielen Betrieben Groß-Berlins die wirtschaftlichen Interessen der Kriegsbeschädigten durch Reden von A.-B.-Vertrauensleuten noch nicht vertreten werden. Kriegsbeschädigte, wählt Kameraden als Vertrauensleute, in Werkstatt und Bureau und sendet Briefe an den „Vorwärts“, Berlin-Stein, Kraditz, 3. In nächster Woche wird die A. Konferenz einberufen.
Verschmelzung der Berliner Musikerorganisationen.
Der Berliner Ensemble-Musikerbund, die Ortsorganisation des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes, hat unbeschadet der in kürzester Zeit stattfindenden Verhandlungen der Allgemeinen Deutschen Musikerorganisationen mit dem Zentralverband der Berliner Musiker Deutschlands über eine Verschmelzung sofortigen Uebertritt in den Zentralverband beschlossen. Damit ist die Vereinigung sämtlicher Berliner organisierten Musiker eine vollkommene Tatsache, die bei den gegenwärtigen Verhandlungen über einen Tarifvertrag mit den Unternehmern in der Erscheinung treten wird. Die Ortsorganisationen des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes sind 450 Mitglieder, das sind 50 Proz. aller in Berlin beschäftigten Musiker. Sie ist ein Koloss, mit dem die Unternehmern, speziell die Theatervorstände, rechnen müssen.
Der Feiur-Ladenschluß am 1. Mai.
In einer Veranlassung des Hiesigen am 24. April wurde nach einer kurzen Beratung der Bedeutung der Initiative durch den Kollegen... unter Ablehnung eines Antrages, die Arbeit am 1. Mai

ruhen zu lassen, beschlossen, den Vorstandsvorstand zu beauftragen, ein Verbot des Geschäftsbetriebes am 1. Mai im Feiurgewerbe zu erwirken. Die Betriebsruhe am 1. Mai ist im Feiurgewerbe ohne weiteres möglich und nur für die Feiurindustrie eine Ausnahme notwendig. Die Arbeit, die am Vormittag des 1. Mai während drei oder vier Stunden zu verrichten sein würde, kann sehr wohl am Tage zuvor mitverrichtet werden. Und nur dann kann von einer Initiative der Feiurgeschäften und -geschäften wirklich die Rede sein, wenn die Geschäfte geschlossen halten müssen am 1. Mai.
In demselben Sinne von den Feiurbetreibern erwartet werden, daß sie sich diesem Wunsche der organisierten Feiurgeschäfte entsprechend einrichten, und so nicht gerade sie es sind, die just am 1. Mai die Feiurgeschäfte in Anspruch nehmen.

Aus dem Gemeindeleben.

Markenort. In den Gemeindevorstandssitzungen am 23. und 24. d. M. wurde zunächst ein Antrag der U. S. P. auf Verhinderung der Schuldeputation um 3 sachkundige Mitglieder angenommen, um den sog. dem. Parteien die Mehrheit zu verschaffen. Der Abbau der 3. Vorklassigen an den höheren Lehranstalten, sowie Einheitsbildung des Lehrplans der Vorklassigen mit den Unterstufen der Gemeindegymnasien und Verminderung der Schülerzahl in diesen letzteren wurde angenommen. — An einem kommunalen Unternehmern zur Verrichtung der Einwohnerzahl mit Fischen beteiligte sich die Gemeinde mit 60000 Mk. Von unseren Genossen Kodenski wurde hierbei beantragt, eine Kommunalisierungskommission einzusetzen, die die Vorarbeiten für alle zur Kommunalisierung geeigneten Unternehmen wie Lebensmittelverteilung, Müllabfuhr, Reinigungswesen vornehmen soll. Für die Gemeindegewerkschaft wurden neue Beschlüsse ab 1. 4. 19 angenommen. Die Besoldungsordnung für Beamte und Lehrpersonen wurde nach den Berliner Sätzen geregelt. Bei dem Punkte „Lebenslängliche Anstellung von Beamten“ wurde gegen die Stimmen der U. S. P. beschlossen, ausnahmsweise noch einige Beamte, die infolge des Krieges mit ihrer Anstellung in Rückstand gekommen waren, anzustellen. Die Mehrheitssozialisten wichen damit von ihrem „prinzipiellen“ Standpunkte, den sie am 27. März in derselben Frage angenommen hatten, ab. Bei dem Punkte „Minderung der Ordnung betr. Erhebung von Zusatzsteuer“ kam es zu einem scharfen Zusammenstoß mit den Mehrheitssozialisten. Von unseren Genossen Brandt und Richter wurde betont, daß es ein alter, soz. dem. Grundsatz sei, jede indirekte Steuer zu vermeiden. Gen. Brandt wies darauf hin, daß früher jeder Sozialdemokrat es für selbstverständliche Pflicht hielt, Zusatzsteuer zu vermeiden abzugeben und daß es ihm unverständlich sei, wie die Mehrheitssozialisten jetzt, wo sie zur Macht gekommen sind, ihre alten Grundsätze verleugnen und selbst solche Anträge einbringen. Die Mehrheitssozialisten wichen und wurden demütigt sich kampflos, ihre Grundlosigkeit zu verteidigen. Zur Belohnung für ihren „vernünftigen Standpunkt“ wurden sie von dem konservativen Gemeindevorstande gelobt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen. Bei der Wahl von Mitgliedern zum Kleingewerkschaftsausschuss wurden von Gen. Brandt die Wähler aufgefordert, das Kleingewerkschaftsausschuss nicht mehr als bisher in Anspruch zu nehmen und keinen neuen Reichsverband zu unterzeichnen, der nicht vom Kleingewerkschaftsausschuss geprüft ist. Vor dem Eintritt in die Wahlberatung fragte Gen. Brandt, ob die unbeschäftigten Schöffen sich schriftlich zur Niederlegung ihrer Posten bereit erklärten hatten. Da dies nicht der Fall war, beantragte Gen. Brandt die Wahlberatung auf acht Tage zu verschieben, um so den Schöffen Zeit zur Erledigung ihrer Anstands-pflicht zu geben. Unser Antrag wurde mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten und der Demokraten angenommen.
Preis. Die Gemeindevorstandssitzung fand unter dem Eindruck der Debatte über den Etat, der die trostlose Finanzpolitik der vorhergehenden bürgerlichen Verwaltung enthält. Unser Fraktion erließ sich aber in Anbetracht des Umstandes, daß nur durch Schaffung eines kommunalen Groß-Berlin und durch Kommunalisierung aller für die Gemeindevirtschaft wichtiger Betriebe eine durchgreifende Umgestaltung der Finanzwirtschaft der Kommunen möglich ist, für den Etat als Provisorium zum letzten Mal zu stimmen und beschränkte sich darauf, Teilreserven im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsprinzipien durchzuführen. So wurde die Grundsteuer für unbebaute Grundstücke von 6 auf 8 Proz. erhöht, sowie der Steuerzuschlag auf 200 Proz. festgesetzt, da keine Einkommen unter 1500 Mk. Steuerfrei gelassen wurden. Ein großer Teil der Ausgaben konnte aber infolge der gefährlichen Finanzwirtschaft nicht durch Einnahmen gedeckt werden, so daß sich die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 1/2 Millionen als notwendig herausstellte. — Bei der Neuwahl von Ausschüssen wurden in alle Ausschüsse und Deputationen Vertreter der U. S. P. hineingewählt, so daß wir jetzt die Möglichkeit haben, in den einzelnen Deputationen politische Verwaltungsgeschäfte leisten zu können. Ein im Plenum der Gemeindevorstandssitzung eingebrachter Antrag unserer Genossen, den 1. Mai als Feiertag in allen Bureaus, Betrieben und Schulen einzuführen, wurde der Antrag einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen unseren Vertretern und den Rechtssozialisten; schließlich wurde der Antrag mit den Stimmen beider sozialistischen Parteien angenommen. Des weiteren gelang es unserer Fraktion, den Antrag zur Annahme zu bringen, daß die Vorklassigen der Berliner Realschule sowie die unteren der höheren Mädchenschulen ab 1. April abgebaut und die bereits angemeldeten Anaben und Mädchen der Gemeindegymnasien zugeführt werden. Andererseits wird jetzt die von uns vertretene Forderung auf unseren Antrag demütlich werden, daß fleißige und begabte Schüler, welche vier Jahre die Volksschule besucht haben, mehr als bisher mit Einverständnis der Eltern den höheren Schulen als Freischüler überwiesen werden.
Panorama. Die am 22. d. M. stattgefundene Gemeindevorstandssitzung beschäftigte sich zunächst mit dem Entwurf einer neuen Gewerkschaftsordnung, welcher von der Vertretung angenommen wurde. Ein von unseren Genossen eingebrachter Antrag, das Verfügungsrecht über den Schloßpark und das Schloß zu erwirken, um eine geeignete Stätte der Erholung und für Spielgelegenheit für unsere Jugend zu schaffen, wurde dem Gemeindevorstand überwiesen und der Maßgabe, möglichst schnell im Sinne dieses Antrages zu arbeiten. Ein ähnlicher Antrag der Demokraten, der den Gemeindevorstand aufforderte, mit dem Bezirksverband und der Staatsregierung in Verhandlungen einzutreten, um die Etablierung der Heide für Spiel- und Sportzwecke freizubekommen, wurde ebenfalls dem Vorstand überwiesen. Von dem Gemeindevorstand wurde Keller (Rechtslog.) wurde dann berichtet über die gelegentlich von ihm und von unserem Genossen Schindler als Mitglieder der Schuldeputation vorgenommene Besichtigung einzelner Schulen, bei der verschiedene Mängel festgestellt wurden. Diese Ausführungen fanden aber nicht den Beifall der bürgerlichen Parteien. Von den Demokraten angefangen bis zu den rechtsstehenden Parteien erklärten diese Herren, daß nach ihrer Auffassung einzelnen Mitgliedern der Gemeindevorstand nicht das Recht zusteht, Bureaus zu unternehmen. Der Gemeindevorstand Keller widersetzte sich sogar zu der Behauptung, daß er von seinem Hausrecht Gebrauch machen würde, wenn man zu ihm in seine Schule kommen würde. Ein Sturm der Entrüstung folgte diesen Worten. Von unserer Seite wurde die eigenständige Auffassung der Herren über die Rechte und Pflichten des Gemeindevorstandes treffend gekennzeichnet und klar betont, daß wir uns das Recht

nicht nehmen lassen werden und unsererseits wohl wissen werden, was wir bei einem solchen Verhalten zu tun hätten. Dem Bürgermeister wurde noch beauftragt, daß die unbeschäftigten Schöffen nun doch ihr Amt niederlegen haben und am 2. Mai die Wahl von vier unbeschäftigten Schöffen und acht Kreisgerichtsabgeordneten stattfinden soll.

Bersammlungen.

Spandau. Der hiesige Wahlverein hielt am letzten Donnerstag keine General-Versammlung ab. Aus dem Geschäftsbereich des Vorstandes ist zu entnehmen, daß nach dem im Dezember ein Uebertritt zu den Kommunisten vor sich gegangen war, im Januar ein neuer Wahlverein ins Leben gerufen wurde, der es nunmehr wieder auf 175 Mitglieder (158 Frauen) gebracht hat. Der Ausschussbericht schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 7090 Mark bei einem Bestand von 465 Mk.; im Juli ist sich Spandau in 11 Bezirke. Bei der Vorwahlenwahl wurde ein Antrag angenommen, wonach für Vorstandsmitglieder eine Mindestzahl von zwei Jahre Organisationszugehörigkeit festgesetzt ist, und ferner, daß diese auf dem Boden des Parteisytems stehen müssen. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Gen. Dabitz, 2. Vorsitzender Gen. Gutz, 3. Schriftführer die Genossen Dann und Ad. Müller, 4. Kassierern die Genossen Köppen und Michalski; zu Beisitzern die Genossen Jünger und die Genossen Fisch und Dams. Da auch gegen einzelne an exponierter Stelle stehende Genossen Anklage material vorlag, machte sich auch die Einsetzung einer Schlichtungskommission notwendig. — Der Ausschuss berichtet, daß am Sonntag, das vormittags eine Massenversammlung unter den Eichen des Stadtwaldes geplant ist, am Nachmittag gegen 7 Uhr ein Demonstrationsszug durch die Reinitz nach dem Festplatz in Halensfelde (Weplos Ruh); die Genossen von Siemensstadt begeben ihre Feiertage bei Weidner in Siemensfelde. Bei der Aufforderung den 1. Mai als imposante Demonstration gegen den Imperialismus, für einen Völkerverfrieden, zu gestalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Don Juan im Opernhaus.

Im Opernhaus unter den Linden wurde gestern Mozart's „Don Juan“ in einer Neuinszenierung gegeben, die unter der Leitung des Herrmann und Richard Strauß besonders im Orchester alle Schönheiten des hier lange nicht gegebenen Werkes erklingen ließ. Auf der Bühne war manches noch von der Bühnenkunst, selbst daraus konnte manches vom alten Publikum nicht voll befriedigen. Die musikalische dramaturgische Bearbeitung ist besser als die deutsche Uebersetzung des italienischen Do-Ponte-Textes. Auch wird stets ein Widerspruch zwischen der im heiteren Kolossalstücken am häufigsten strahlenden Mozartmusik und der Handlung, die in sehr oberflächlicher Gestaltung des unsterblichen Don-Juan-Problems sich vom Abenteuerlichen ins Tragisch-Pathetische redt. Der Armistee, der sich sehr lächliche Heldenbariten des Opernhauses, war zwar kein überaus großer oder leidenschaftlich hinreißender Don Juan, jedoch der aller vielleicht durch Indisposition geborenen Zurückhaltung mit großer Wärme und ausdrucksvoller Reinheit im Wort und Ton. Im ungetriebenen Mozartstil glänzte allein der Aretot de Padilla, die eine kaum zu überbietende Gestalt war (für hat aber auch Mozart und nicht nur in den Reien sein Wertes gegeben). Die Damen Kemp und Granfeld als Donna Anna und Elvira bewiesen bis auf manche in der Höhe allzu harte Töne, jedoch im Reinen, ihre prägnanten Vorträge. Herr Stock hielt sich als ein nicht sehr charakteristischer Leporello im Mittelmaß, und auch der Ottavio des Herrn Hutt wuchs in der von ihm gut angelegten, aber doch arg gequälten Leporello-Arie des zweiten Aktes darüber nicht hinaus. Herr Gobich war ein brauchbarer Masetto. Herr Knäuper ein würdiger, aber nicht gerade erschütternder Komtur. Das außerordentliche Gaudspende lebhaften Beifall in der Freude, den langentbehrten „Don Juan“ wieder zu haben. Die Neuinszenierung bildet zwar hinter manchen Erwartungen zurück, aber doch möchte man im Zusammenhang mit der künstlerischen Aufführung des noch immer nicht aus konventioneller Starre befreiten Opernhauses auch Mozart's andere Kostbarkeiten dort bald wieder hören.

Aus den Theatern. Shakespeares „Coriolan“ wird am Dienstag, den 20. Mai, im Schauspielhaus wieder auf dem Spielplan erscheinen und in vollkommener neuer Geniescher Einrichtung gegeben. — „Kleine Elvira“ von Dieckmann wird am 1. Mai im Hoftheater die Uraufführung mit Ida Orloff in der Titelrolle erleben. Es ist eine dramatisch beachtenswerte Tragikomödie, die in der Verführung eines Kindes ein Stück Kulturschilderung enthält. — Friedrich Koffas neues Drama „Der Orlu“ ist für das Deutsche Theater im Hauptstadt zur Aufführung erworben worden. — Im Theater der Friedrichstadt gelangt am Donnerstag das Volksstück „Der Quinmacher seiner Durchlaucht“ mit Ruff von Josef Enoga zur Aufführung. — Am Schiller-Theater Charlottenburg wurde die alte volkstümliche Posse „König Krause“ mit Erfolg gegeben. — Im Theater des Westens wird mit Beginn der Sommerferien ab 1. Mai die Operette „Wo die Liebe hinfällt“ im Neuen Operettenhaus „Die Dame vom Friesen“ aufgeführt.
Im Theater des Westens veranstaltet Professor Transpott Ochs im Mai an Sonntag- und Feiertagsabenden Opernvorstellungen. Am Donnerstag, den 1. Mai, und am Sonntag, den 4., nach 3 Uhr, „Bardier von Sevilla“ unter Leitung von Erich Ochs.

Ein John Henry Mackay-Abend findet am 23. April, 8 Uhr, im Klinkenort-Schauspielhaus Saal, statt. Aus den Prosa- und Gedichtwerken Mackays wird vorgelesen und von Max Eckstein und Georg Langheintz vertonte Mackaysche Lieder gesungen. Einleitende Worte über den Dichter, unter Hinweis auf Max Stirner, wird Dr. Anselm Ruckh sprechen. Für Arbeiter sind Karten zum ermäßigten Preise von 1 Mark (sonst 2 bis 3 Mark) im Bureau der U. S. P., Schillerstraße 5, und in der Buchhandlung, Eisenacher Straße 104, zu haben.
Ueber „Revolution im Irrenwesen“ sprechen am Dienstag, 29. April, abends 7 1/2 Uhr, im Deutschen Hof (Wulfsaal), Ludauer Straße 16, vor der Gesellschaft für Fortschritt und Aufklärung sowie dem Bunde für Irrenrecht die Herren Arz. Dr. Witsch, Rechtsanwalt Dr. Pöndel, Rechtsanwalt Dr. Bruno Jhaas und Medizinalrat Paul Eimer. Gäste haben Zutritt.

Die Aufhebung der Filzensur. Durch die programmatische Erklärung des Reiches der Volksbeauftragten in dem Aufruf vom 12. November v. J. ist bestimmt worden, daß eine Zensur nicht mehr stattfinden hat, und daß die Theaterzensur aufgehoben wird. Es sind Zweifel darüber laut geworden, ob durch diese Bestimmung auch die Filzensur beseitigt worden ist. Der Minister des Innern weist deshalb in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten darauf hin, daß mit der allgemeinen Aufhebung der Zensur auch die Filzensur aufgehoben ist, daß aber in dieser Beziehung die bisher ergangenen Bestimmungen über den Schutz der Jugend bis zu dessen Abänderung im Wege der Gesetzgebung in Kraft bleiben.

